

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER SÜDOSTEN – EIN «ABZIEHBILD» GESAMTEUROPAS?

Einige post-habsburgische Reminiszenzen

Wer heute ‹Balkan-Donaueuropa› sagt, wird an Franz Grillparzers Wort über Österreich, als der ‹kleinen Welt, in der die grosse ihre Probe hält› gemahnt (‹Ein Bruderzwist in Habsburg›). Der Anwendungsfall auf diesen Nachbarraum erscheint nicht allein durch die Person des ‹letzten Habsburgers›, Marschall Tito-Broz im Vielvölkerreich Jugoslawien, gerechtfertigt. Auch die bloße Erwähnung etwa der beiden Nachbarn Griechenland–Türkei legt die ‹abziehbildhafte› Wirrnis und Verknäuelung im Freund-Feind-Denken dieses Raumes bloss: Beide NATO-Staaten der äussersten Flanke gegeneinander aufgebracht und aufmarschiert, Unterhändler um ein Zypern-Abkommen und Ägäis-Ölvorkommen, beide gegen die USA eingestellt, beide auch von Argwohn gegen die UdSSR erfüllt, beide Empfänger westeuropäischer Rüstungslieferungen. Innenpolitisch sind Griechenland und die Türkei zugleich ‹Provisorien› ihrer Regierungsformen, beide gefährdet durch Eskapaden des Nahen Ostens und vor allem durch schematisierte Globalstrategie der Supermächte in West und Ost. Bulgarien, treuester Verbündeter Moskaus (im antik-römischen Sinn), und Rumänien suchen jüngsthin innerhalb des Warschauer Paktes Annäherung. Gewisse Vorbehalte Ungarns gegen Ceaușescu-Rumänien dau-

ern an. Prags Beziehungen zu Bukarest verharren seit 1968 wesentlich im Protokollarischen. Die ČSSR selbst erinnert den Beobachter ebenfalls an die einstige Habsburgmonarchie, deren Schwächeanfalle als ‹Besetzungsmacht› die Tschechen bis zuletzt unerbittlich nutzten. Immer wieder aber kreisen Gedanken, Pläne, Spekulationen um das persönliche Geschick Titos und das föderative Schicksal der FSR Jugoslawien für den ‹Fall des Falles› – wobei man der westlichen Presse den Vorwurf nicht ersparen kann, sie habe zum Teil Gesundheitszustand und Privatsphäre des greisen Politikers mit abgeschmackter Phantasie in ein Nachfolge-Tito-Spiel einbezogen.

Zuletzt aber offenbaren sich im kleinsten Staatswesen leninistisch-puritanischer Observanz an der Adria, der Volksrepublik Albanien, Beharren, Tragödie, Isolation antagonistischer Nachbarschaften: Drei Standbilder I. V. Stalins allein in Tirana dienen als Symbol des shkipetarischen Widerstandes, der Distanzierung gegen die jugoslawischen ‹Revisionisten› im Norden, gegen den ‹Grossmachtchauvinismus› der UdSSR, gegen das von seinen Obristen befreite Griechenland, gegen die italienischen ‹Kolonisatoren› von gestern. Gewiss, Partei- und Staatsführung des 2,3-Millionen-Staates sind seit Dezember 1962 auf Mao eingeschworen. Im Frühsommer 1974 wurde Heeresminister Bekir Balluku abgesetzt, weil er angeblich von offenen

Fronteinsätzen gegen Invasoren abgeraten und (unter Bezugnahme auf Jugoslawien) Partisanenstrategie und -taktik empfohlen habe. Mutmasslich ging es dabei doch um die Empfehlung schrittweiser Entspannung Tirana-Moskau, die Balluku im Politbüro unter Umständen gegen Enver Hoxha durchzusetzen gedachte. Treibt Tirana «chinesische» Aussenpolitik? Bis heute lehnt die albanische KP-Hierarchie EG, Brüsseler NATO, die Bundesrepublik Deutschland und vor allem die USA in allen Konstellationen unbeirrt ab – entgegen der Zweifronten-Aussenpolitik Pekings. Zu schweigen von den «Revisionisten» und «Verrätern» am Leninismus-Stalinismus im Staatengürtel Ostmitteleuropas!

Bilaterale Truppenstationierungsverträge des Warschauer Paktes

Ausgerechnet das albanische Volksarmee-Journal «Luftëtari» (Der Kämpfer) schlug Mitte Juni 1975 Alarm: Mehrnationale Spezialeinheiten des Warschauer Paktes seien mit Zielansprache Balkan aufgestellt worden. 140000 bis 150000 Mann Sowjettruppen stünden in Ungarn bereit (das heisst doppelt soviel, als im bilateralen Vertrag von 1957 festgelegt), um zur Stunde X auf Befehl in Jugoslawien und Albanien einzumarschieren: «Seit Jahresfrist hat der aggressive Warschauer Vertrag 18 Manöver durchgeführt, davon 12 mit Stossrichtung nach Südosteuropa und auf den Balkan. All das bezeugt klar die aggressiven Absichten der sowjetischen Sozialimperialisten gegen die Länder des Balkans.» Moskau dränge auf verstärkte «militärische Integration» des Sowjetblocks.

Besorgnisse eines Kleinstaates in Igelstellung? Der überhöhte Stand sowjetischer Einheiten in Ungarn dürfte sich im Zeitalter der Satelliten-Himmelsspione überprüfen und erhärten lassen. Dagegen könnte es sich im Fall «mehrnationaler Spezialeinheiten» doch wohl nur um symbolische Vorbereitung und Bereitstellung weniger Kontingente der kleinen WaPa-Partner handeln (wie bereits einmal 1968, beim Einmarsch in die Tschechoslowakei). Die wieder und wieder zerredete Frage lautet: Werden Truppen des Warschauer Paktes in Jugoslawien und Albanien einmarschieren – und unter welchen Vor-Gegebenheiten?

Ölschock, Rohstoffabhängigkeit, Planperiode 1976–1980

Ausser Rumänien sind alle donauländischen Teilhaber des «Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe» (RGW) auf Lieferungen von Rohstoffen, Erdöl, Erdgas (auch von Getreide) aus der UdSSR angewiesen. So zahlten etwa Bulgarien, ČSSR, Ungarn 1973 für rund 29,9 Millionen t Rohöl und Mineralölprodukte an die UdSSR 484 Millionen Rubel und dürften 1975 für schätzungsweise 32,2 Millionen t den Betrag von 1,325 Milliarden Rubel aufzubringen haben. Nicht minder empfindlich reagieren export-importabhängige Planwirtschaften auf Verzögerungen und Schulden innerhalb des RGW, wie auf rezessive Folgemaassnahmen westlicher Partner. Verständlicherweise empfindet man deshalb derzeit sozialwirtschaftliche Aufgaben und Schwierigkeiten im Übergang zum Planjahr fünf 1976–1980 (mit teilweise gemeinsamer Planung) als vorherr-

schend. Die XXIX. Budapester Ratsitzung des RGW/COMECON in der letzten Juniwoche dieses Jahres zeugte mit ihrer Thematik von den Schwierigkeiten der Komplex-Synchronisation und der «hausgemachten» wie westlich bedingten mittelfristigen Engpässe. Das Zurückbleiben der volksdemokratischen Ausführpläne im Zeichen der Rezession, Fehlkalkulationen mit Wachstums- und Verschuldensraten im «östlichen» und «westlichen» Südosteuropa sind weder mit türkischen, griechischen, jugoslawischen Gastarbeitern in Westmitteleuropa, geschweige denn mit starren Plandirigismen der Staatswirtschaftsländer langfristig zu beheben. Der Energielücke in den Donauländern ist man durch gesteigerte Abhängigkeit der Volksrepubliken von sowjetischen Lieferungen fossiler Kohlenwasserstoffe begegnet, ohne dass zum Beispiel seit Jahrzehnten nachweisliche Uranerzvorkommen der ČSSR, Ungarns, Rumäniens auch nur erwähnt werden. Die tatsächliche «Öffnung» gegenüber Westeuropa, industrielle Kooperation, Energieverbund, gemeinsame Drittmarkt-Einsätze werden nach wie vor von technisch-ökonomischer Inkongruenz, vor allem aber von Misstrauen überschattet.

«Alleingänge» oder Zubringerwege auf dem Balkan?

Am nachhaltigsten hat sich seit 1950 in Jugoslawien ein neues Managertum durchgesetzt. Kommune, Betriebseinheit, Arbeiter- sowie Betriebsräte und ihre Ausschüsse haben ihre aktuelle Ausstrahlung in die Dritte Welt, nach Chile, aber auch bis Portugal usw. bekundet. Ideologisch und für die Praxis

liess sich damit indes kein «liberaler Kommunismus» als Modell kreieren und behaupten. Der Verteilungssozialismus des Arbeiterrätesystems ist längst an einem Wendepunkt angelangt. Führungspolitisch entscheidend wird jedoch die dauerhafte Lösung der *Nationalitätenfragen*, der Zusammenhalt der Teilrepubliken in dem föderalen Wirtschaftsgebiet sein. Nach zwei Jahrzehnten günstigeren Lebensniveaus (im Vergleich zu anderen kommunistischen Volksrepubliken) erfährt Jugoslawiens «sozialistische Marktwirtschaft» mit Inflation, Arbeitslosigkeit, dirigistischen Feuerwehr- und Abwehraktionen die Nachteile *beider* Wirtschaftstypen Europas. Die Transponierung föderationsinterner Spannungen der FSRJ auf externe nationalitätenpolitische Streitfälle mit Italien, Griechenland, Bulgarien, Österreich (bis jetzt war Ungarn ausgenommen) ändert an der Ausgangslage nichts: Jugoslawiens politisch integrierter Generalstab, mehrheitlich aus Grenzerfamilien der früheren Donaumonarchie stammend, lässt auch massvoll urteilende Beobachter folgende Alternativen andeuten: Der friedliche Ausgleich der Belgrader Militärs mit Moskau in absehbarer Zeit könnte der Sowjetarmee den Landzugang zur Adria und zum Mittelmeer erleichtern. Innenpolitisch dagegen würden die Generale und Obersten vorerst eine Wächterrolle für den Bund der Kommunisten, ohne unmittelbares Eingreifen, übernehmen (ähnlich wie in der Türkei). Aus ruhiger Sowjetsicht wiederum brächte ein Wa-Pa-Überraschungsschlag gegen das nachtitoistische Jugoslawien (und Albanien) besatzungsmässig und weltweit zu grosse Nachteile. Bewirkt doch Südosteuropas jahrelanges «Warten auf

Godot» *jetzt* schon Gestionen der Anpassung an den RGW, engere Bindungen zwischen Moskau und Belgrad auf kulturellem Gebiet usw.

Die Sozialistische Republik Rumänien, eingehegt rundum von Bundesgenossen, verfolgt ebenfalls einen schon legendären «Alleingang»: Orthodoxe Grundüberzeugung, in ausschlaggebenden Entweder-Oder-Entscheidungen linientreu, in vielen Einzelfragen – KSZE in Genf, Europakonferenz der kommunistischen Bruderparteien, Unterausschüsse des RGW – eigenwillig, je nach Manövrierraum. Nicolae Ceaușescu persönliche Mühen um Führungspersönlichkeiten überseeischer Entwicklungsländer, das dichte Netz enger Beziehungen von Nicolae und Elena Ceaușescu zu KP-Chefs ausserhalb der Sowjetsphäre werden vom Kreml zweifellos nicht mit Ablehnung verfolgt. Die Bukarester Mittlertätigkeit zwischen West-Ost-Nahost-Fernost findet aussenwirtschaftlich und verhandlungstechnisch auch im Westen seinen Preis. Innen- und parteipolitisch versucht der Staatspräsident, Parteisekretär, Wirtschaftspolitiker Ceaușescu seine SR Rumänien immer mehr als neues «Amerika des Balkans», als Überwinderin überkommener Gruppierungen und Einrichtungen herauszustellen. Hat er Fortune? Die rundum waltenden Parteisekretäre müssen bejahen.

Nationale Spezifika zum 30. Jubiläum des Sowjetsieges

Die Substanz der Länder Donau-Balkaneuropas ist im grossen ganzen nicht unterspült durch selbstmörderische ethische Experimente, negative Gebur-

tenraten, Absage an Vaterland und Nation, Auflösungserscheinungen in Familie und Gesellschaftsgruppen. Zwar erscheint der Südosten dem Beobachter heute zunächst tatsächlich als ein gedrängtes «Abziehbild» Gesamteuropas, in dem sich Entwicklungsstufen, Hoffnungen und Nöte aus West und Ost ein Stelldichein geben. Verschärfte ideologische Konfrontation, überhitztes Gegeneinander von Staaten und Nationalitätengruppen, die Überlast der Rüstungs- und Stationierungskosten gingen Hand in Hand mit Genfer Konferenzgesprächen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), auf deren Unterzeichnung Leonid I. Breščnev geradezu ungestüm drängte, um im Jubiläumsjahr des Sowjetsieges über Hitlerdeutschland mit anderen inter-sozialistischen Grossveranstaltungen nicht in Zeitnot zu geraten. Was tauschen West- und Südosteuropa gegen den Status quo, gegen die Zusicherung des sowjetischen Besitzstandes in der zweieinhalbtägigen Unterschriftenaktion der 35 Nationen zu Helsinki? Reziprozität in Wirtschafts- und Kulturbeziehungen? Zunächst werden ein Bündel *Absichtserklärungen* unterzeichnet, die keine neuen Tatbestände schaffen und jeweils der Auslegung bedürfen. Enttäuschte Hoffnungen auf westlicher oder volksdemokratischer Seite? Das soeben unterzeichnete Dokument muss auf dem Hintergrund westeuropäischer Uneinigkeit und politischer Wohlstandsverwahrlosung, feindseliger Verzahnung und solipsistischer Manieren in Südosteuropa gesehen werden. Neben dieser Legende ungleichgewichtiger Über-Macht (die USA sind nach Watergate jetzt infolge CIA-Entblössungen abwesend) im Südosten und unter Anpassung der Kleinen

setzt ein unausweichlicher Generationenwechsel ein, gekennzeichnet durch Namen wie Tito, Karamanlis, Hoxha, Kádár, vollziehen sich opferreiche Übergänge der Industrialisierung bei akutem Kapitalmangel, wächst auch in Südosteuropa eine junge Führungsgeneration nach. Deren Credo erschöpft sich nicht im «sozialistischen Bewusstsein», sie ist nationalpolitisch und europäisch re-evolutionär und selbstbewusster. Diese Ansätze haben

mit «passiver Resistenz» (Gesemann) und «Abziehbildern» nichts zu tun; sie fordern vielmehr die Aufmerksamkeit Westeuropas heraus; Rückschlüsse Westeuropas zum eigenverantwortlichen Handeln sind notwendig, weil es sich sonst selbst in die Gefahr der «Balkanisierung» des 18. und frühen 19. Jahrhunderts begibt.

Otto Rudolf Liess

TAIWAN GIBT SICH NICHT AUF

Auch nach dem Tode Chiang Kaischeks wird Nationalchina keinerlei Kontakte mit Rotchina aufnehmen. Die in westeuropäischen Gazetten nicht selten aufgestellte These, man werde kapitulieren und mit Peking über einen «Anschluss» verhandeln, ist reinste Utopie: Derartige Gespräche wären letztlich nichts anderes als eine wie auch immer verschleierte Kapitulation, und die früheren Erfahrungen bei Koalitionen mit der KPCh-Führung, Pekings Umgang mit Andersdenkenden trotz gegenteiliger Versprechungen im Falle Tibet oder auch während der chinesischen «Kulturrevolution», hat Taipeh keinesfalls vergessen.

Bei einem erneuten militärischen Konflikt würden die nationalchinesischen Truppen zweifellos fanatisch kämpfen; ihre Kampfmoral ist nach wie vor ausgezeichnet – in den vordersten Stellungen der Inselfestung Quemoy (keine drei Kilometer vom rotchinesischen Festland entfernt) begegnet der Besucher einer Haltung, die er im heutigen Westeuropa vergeblich suchen wird.

Natürlich sind die Riesenarmeen

Mao Tse-tungs den Nationalchinesen zahlenmässig weit überlegen, indessen – wenn man von der Atomwaffe abieht – nicht militärisch-technisch. Ist das allmähliche Wachsen des Potentials Pekings auch nicht zu übersehen, so besitzt es einfach nicht die amphibischen Möglichkeiten, massive Truppentransporte über die 190 km breite Formosa-Strasse durchzuführen. Zudem liegt die Luftherrschaft immer noch eindeutig auf nationalchinesischer Seite. Eine – zunächst erforderliche – Eroberung Quemoy mit seinen modernsten Verteidigungsanlagen sowie einem ständig grösser werdenden Netz von kilometerlangen unterirdischen Verbindungswegen wäre wahrscheinlich nur unter grössten Opfern möglich; dass das letzte Trommelfeuer der Rotchinesen, bei dem innerhalb von knapp 50 Tagen über 845 000 Granaten auf die 108 km² grosse Insel geschossen wurden und das damit eines der stärksten Artilleriebombardements der neueren Kriegsgeschichte darstellte, die Verteidigung der Nationalchinesen kaum tangierte, wird man in Peking genau analysiert haben. Schon der Einsatz

seiner rund 400 Bombenflugzeuge gegen Quemoy oder Taiwan wäre nicht völlig unproblematisch, da damit zugleich der Rücken gegenüber der Sowjetunion entblösst wäre.

Es wird kaum Zufall sein, wenn statt der bisherigen Pekinger Parolen «Wir werden Taiwan befreien» es nunmehr immer häufiger heisst, die dortige Inselbevölkerung würde «sich selbst befreien».

Diplomatisch ist Nationalchina gegenwärtig in einer Isolierung. Nach seinem Austritt aus der UNO wird es nur noch von jetzt 26 Staaten anerkannt. Dennoch wird man Befürchtungen, zu diesen diplomatisch-politischen Isolierungsbestrebungen Pekings könne auch eine wirtschaftliche Isolierung der Insel hinzutreten, für die nächste Zukunft verneinen können: Einmal ist die Wirtschaft Taiwans doch wesentlich fortgeschrittener als diejenige auf dem chinesischen Festland, die ohnehin mehr auf den Innenhandel ausgerichtet ist und deren Möglichkeiten noch immer ziemlich begrenzt sind. Auch würde Peking die rund 145 Länder, mit denen Nationalchina Handelsbeziehungen pflegt, kaum zum Abbruch der Wirtschaftsverbindungen zwingen können, da die Verflechtung bereits zu gross sein dürfte. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass Taiwan während der letzten Jahre in die Reihe der zwanzig grössten Handelsnationen der Welt aufgerückt ist. Der Handel mit den Vereinigten Staaten – und für die USA steht Taiwan an zwölfter Stelle auf der Liste ihrer Handelspartner – verdoppelte sich in den vergangenen Jahren und war zweimal so hoch wie derjenige zwischen Washington und Peking; mit grosser Befriedigung hat Taipeh ebenfalls registriert,

dass die USA auch in der jüngsten Zeit die grössten Investoren auf der Insel sind.

Die Frage Nationalchina wird gewiss ein sehr wichtiges Problem bei dem – bisher noch nicht abgesagten – Besuch des US-Präsidenten in Peking im September–Oktober darstellen. Bis dahin ist noch etwas Zeit, doch augenblicklich weht über dem Pazifik wieder kälterer Wind, und nicht einmal die optimistischsten Beobachter sprechen von nur halbwegs günstigen Aussichten der zu erwartenden Gespräche. Wohl hat Washington Ende Juni die letzte Phantom-Staffel von Taiwan abgezogen, doch sind hier immer noch rund 4000 amerikanische Berater. Pekings Politik scheint indessen auf den völligen Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Nationalchina zu zielen – wenn sie auch nicht dessen sofortige Realisierung anstrebt. Die USA sind aber durch das Verteidigungsabkommen von 1954 mit Taiwan gebunden und verpflichtet. Hatte man schon die in diesem Frühjahr erfolgte Ernennung von Leonard Unger zum neuen amerikanischen Botschafter in Taipeh – er zählt zu den höchsten US-Diplomaten im Aussen dienst – allgemein als ein starkes Indiz für eine weitere Zusammenarbeit mit Nationalchina gewertet, so hat Taiwan nach den Ereignissen in Vietnam und Kambodscha erneut wesentlich an Bedeutung gewonnen und gehört verstärkt – nicht zuletzt schon durch seine strategisch wichtige Lage – zur Verteidigungslinie der USA entlang der Küste Ostasiens. Ein politischer Weggang Washingtons von Taipeh würde für Amerika einen völligen Gesichtsverlust in Asien bedeuten, dessen psychologische Auswirkungen gerade auf Südkorea und Japan, aber auch auf Indonesien ungeheuer gross wären.

Es ist ohnehin die Frage, ob Peking wirklich einen völligen Abzug der USA aus Nationalchina beabsichtigt. Denn in jüngster Zeit ist sein primäres Ziel darauf gerichtet, das Vordringen Moskaus in weiteren Teilen Asiens zu verhindern. Auch die chinesische Volksrepublik wird wissen, dass bei einem Fortgang der USA sofort die – für Peking gegenwärtig wesentlich gefährlichere – Sowjetunion zumindest versuchen wird, hier ihren Einfluss im Zuge ihrer grossen Umzingelungspolitik gegen das Reich Mao Tse-tungs geltend zu machen; die vor etwa zwei Jahren erfolgte Durchfahrt sowjetischer Seestreitkräfte durch die Formosa-Strasse wurde nirgendwo so genau beobachtet wie gerade in Peking.

Nach Äusserungen aus nationalchinesischen Regierungskreisen gibt es

keine Verbindungen zwischen Taipeh und Moskau, in der Tat lässt die jüngste Geschichte das Misstrauen gegenüber Sowjetrussland recht gross sein. Indessen wird wahrscheinlich schon allein das Risiko einer Verschiebung der Machtbalance Washington–Peking–Moskau auch weiterhin der Insel Formosa den Frieden sichern.

Sicherlich glaubt man in Peking, die Zeit arbeite für den chinesischen Kommunismus. Taipeh wiederum ist aus der jahrtausendalten Geschichte Chinas heraus überzeugt, dass die Chinesen jede diktatorische Dynastie letztlich überwinden werden. Die Nationalchinesen sehen jedenfalls keineswegs pessimistisch in die Zukunft.

F. W. Schlomann

NACHRICHTEN AUS DER PROVINZ

Das Phänomen ist symptomatisch: ein paar journalistische Arbeiten von unterschiedlicher Thematik und unterschiedlicher Qualität, zu einem Buch geheftet, erweisen sich als literarisches Ereignis, sofern man diese etwas abgegriffene Qualifikation für Erscheinungen bereithält, die ein überdurchschnittliches Aufsehen erregen und vorübergehend im Gespräch sind. *Niklaus Meienbergs* «*Reportagen aus der Schweiz*» sind – zum Teil wenigstens – vorher im Magazin des «Tages-Anzeigers» erschienen¹. Seit sie als Buch vorliegen, zählt ihr Verfasser zu den bekannteren Autoren der deutschen Schweiz. Die Schilderungen von Personen und Zuständen, die er anbietet, unterscheiden sich zwar nicht wesentlich von dem, was seit längerer Zeit schon als kritische Literatur be-

zeichnet wird. Besonders das Bild der Schweiz, das sich aus Meienbergs Texten ergibt und das – einmal mehr – in Peter Bichsels leichtgewichtigem Vorwort nachgezogen wird, ist sozusagen vorgezeichnet; aber bei Meienberg wird es kräftiger und unverhüllter herausgestellt. Es handelt sich da eben um Reportagen, nicht um Fiktionen, könnte man denken. Seine Berichte geben sich dokumentarisch, indem sie reichlich Zitate enthalten oder Aussagen von Gewährspersonen gegeneinanderhalten. Die Anmerkungen nennen Daten und Quellen. Beschrieben werden die Stadt St. Gallen, wo der Verfasser seine Kindheit verbracht hat, ein Campingplatz mit seiner Wochenendgesellschaft, ein Gastspiel des Autors als Geschichtslehrer-Stellvertreter an der Kantons-

schule in Chur, Gespräche mit Raymond Broger, die Sammlung des Herrn Engel in Seengen, soziologische und biographische Einzelheiten aus dem Leben von Jo Siffert und Fritz Chervet und die traurige Geschichte des Landesverrätters Ernst S. Die Grundabsicht ist offenbar, eine möglicherweise unbekannte Wirklichkeit sichtbar zu machen, eine unrühmliche Wirklichkeit vor allem, von der Meienberg anzunehmen scheint, dass sie von interessierter Seite systematisch überkleistert werde. Der Verlag charakterisiert das Buch denn auch als eine Dokumentation über Menschen und Verhältnisse in einem westeuropäischen Land, «das so nicht in den Prospekten gezeigt wird». Die Leute, die die Prospekte machen, so wird uns damit suggeriert, vertuschen Mängel und Schäden und färben lieblich und schön, was am Ende gar nicht so schön ist.

Vielleicht liegt genau da auch das Geheimnis des Aufsehens, das dem Buch zuteil geworden ist. Die unausgesprochene, die angedeutete Verdächtigung, im Interesse bekannter oder unbekannter Mächte würden Zustände und Fakten verborgen oder verfälscht, hat Chancen nicht nur auf dem politischen, auch auf dem literarischen Feld. Das ist bedauerlich. Kritik, die stark ist in ihren Argumenten, wird darauf schon aus Gründen ihrer Glaubwürdigkeit verzichten. Sie vermutet nicht, sondern weist nach; sie stellt nicht dem Leser anheim, noch dazu mit deutlich erkennbarer Absicht, was sie nicht belegen kann. Meienberg hat diese Technik gewiss nicht erfunden, sie macht seit längerer Zeit schon Schule, eher zum Nachteil gerade der Literatur, «die sich nicht zur Verharmlosung der Welt missbrauchen lassen will.» Was damit ge-

meint ist, mag eine beiläufige Anspielung aus der Reportage über den Landesverräter Ernst S. belegen, dem für mich eindrücklichsten Stück der Sammlung:

«S. wäre unter normalen Umständen nicht zum Psychiater gegangen, dazu hatte man im Sittertal kein Geld, aber weil er in die Rädchen der Militärjustiz geriet, wollte man ihn doch psychiatrisch untersuchen, der Zivilisation halber, bevor man ihn erschoss.»

Ernst S. ist 1942 zum Tode verurteilt und erschossen worden, weil er den Deutschen fünf Granaten, darunter eine Panzergranate, übergeben hatte. Die Munition hatte er entwendet, und dass damit der Tatbestand des Landesverrats gegeben war, wird sicher nicht bestritten, auch von Meienberg nicht. Ob die Hinrichtung von Ernst S. unumgänglich war, wird man heute vielleicht etwas anders beurteilen als damals. Die Manipulationsmentalität jedoch, die Meienbergs Sätzlein über die psychiatrische Untersuchung des Angeklagten «der Zivilisation halber» insinuiert, ist eine Verdächtigung, die er nicht belegen kann. Er macht sich da einen Vers auf Fakten, er interpretiert nach seinem Gusto und zweifellos nach dem Gusto vieler Kritiker der Militärjustiz. Nur verstösst er damit gegen den strengen Geist der Kritik und gefährdet ein ernstes Thema durch demagogische Ausrutscher. Genau daran scheitert denn auch das kritische Gespräch über die «Reportagen». Sie haben einfach Anhänger oder Gegner, man bewundert sie oder lehnt sie ab, man freut sich dran oder ist beleidigt.

Ein Lobredner des Autors belehrt seine Leser, eine Demokratie bedürfe

der Kritik, um funktionsfähig zu sein. Es sei darum die Aufgabe demokratischer Erziehung, die Schüler zu kritischen Staatsbürgern zu machen. Über einen Versuch dieser Art berichtet die Reportage «Stille Tage in Chur», aber wiederum stellt sich die Frage, ob der stellvertretende Geschichtslehrer wirklich die Kunst des Prüfens und Unterscheidens im Sinn gehabt habe, mit deren Hilfe sich der Mensch vor Täuschung und Vorurteil zu bewahren sucht. Er sagt seinen Schülern beispielsweise, er müsse die Frage offen lassen, ob Schweizer Politiker «ähnlich gewickelt seien» wie französische, von denen er zu wissen vorgibt, dass sie im Kampf gegen Heroinhändler zwar starke Worte gebrauchen, aber mit dem Dealer-Milieu «auf mannigfache Art verquickt» seien. Kritische Methode oder Unterstellung? Die «Enthüllungen» über das Leben an der Bündner Kantonsschule oder auch der Bericht über den Aufenthalt in St. Gallen sind schon darum wenig vertrauenerweckend, weil sie aus einer kaum noch erträglichen Selbstbespiegelung heraus geschrieben sind: da spricht anscheinend der einzige Nicht-Spiesser oder der erste Progressive, den es zu seinem grossen Leidwesen in ein Land der Hinterwäldler verschlagen hat. Er scheint tatsächlich der Meinung zu sein, seinem vorübergehenden Wirken in Chur sei es zu danken, dass da wenigstens ein paar Schüler zu denken begonnen haben.

Nicht die Parteilichkeit ist dem Reporter anzukreiden. Wenn er schildert, was er auf seinen Streifzügen auf dem Camping-Platz von Wagenhausen am Rhein oder auf dem Theaterschloss des Herrn Engel in Seengen entdeckt hat, vermittelt er Einsichten. Die Wohnwagen-Welt als Gegenbild des Alltags,

das ist schon ein Stück Gesellschaftskritik, das den engagierten Journalisten auf der Höhe seiner Begabung zeigt. Wenn er sich bemüht, aus seinem Blickwinkel Realität zu erfassen, etwa auch in der Information über die Schweizer Sportidole Siffert und Chervet, gelingen ihm aufschlussreiche Soziogramme. Fragwürdig wird er dort, wo er sein Metier zur Selbststilisierung missbraucht. Zu der «innerrhodischen Saftwurzel» Raymond Broger hat er den rechten Zugang nicht gefunden, weil er im vornhinein schon ein Bild hatte von dem, was erst noch zu beobachten und zu erforschen gewesen wäre. Bleibt die grosse Studie über Ernst S., das umfangreichste und bei aller Neigung zu unkritischen Anspielungen doch auch von unverkennbarer Anteilnahme geprägte Stück. Wer zur Kriegszeit unter dem Eindruck der Ereignisse in Europa und in unserem Land gestanden und die Bedrohung als eine uns alle betreffende Realität erfahren hat, wird Meienbergs demonstrative Solidarisierung mit einem Landesverräter nicht teilen können. «Ich war damals auch für die Todesstrafe» –, so steht es bei Max Frisch im «Dienstbüchlein». Aber Entrüstung ist wohl auch nicht die richtige Reaktion auf den Versuch, der hier vorliegt, einmal einen ganz andern und damals aus guten Gründen für irrelevant erachteten Aspekt des Landesverrats herauszustellen. Meienberg, Jahrgang 1940, hat die Unbefangenheit einer nicht mehr durch Zeitgenossenschaft mit den Ereignissen verbundenen Generation. Er kann Motive erforschen, kann – in der Manier des persönlich engagierten Anwalts – der Vorgeschichte, der Biographie, den sozialen Verhältnissen und all den Umständen nachgehen, die den jungen

Ernst S. zu seiner Tat geführt haben mögen. Nur wenn er dann feststellt, dass einige der unmittelbar für das Urteil und dann für die Durchführung der Hinrichtung Verantwortlichen heute nicht mehr gern darüber reden, deutet er diese Zurückhaltung allzu voreilig in seinem Sinn. Fehlt es ihm am Ende doch an der Vorstellungskraft?

Es läge allerhand Stoff zur Diskussion vor. Meienbergs Nachrichten aus der Provinz sind insofern aufschlussreich, als sie den Willen verraten, hinter die Fassade zu blicken und nicht unbesehen zu übernehmen, was der gängigen Vorstellung über Land und Leute entspricht. Besonders scheint er es darauf abgesehen zu haben, etwas von dem glitzernden Firnis abzuklopfen, den die Ländchenvergolder aufgetragen haben. So weit, so gut. Wenn ich das Phänomen zu Beginn symptomatisch genannt habe, so meine ich damit nicht so sehr die «Reportagen» selbst als vielmehr das Echo, das sie haben. Eigentlich müsste als Wirkung der kritischen Literatur und also auch als Wirkung dieses Buches das kritische Gespräch darüber einsetzen, inwiefern dieses Land sich selber falsch sehe, inwiefern es sich selber etwas vormache, inwiefern es – um Bichsels Behauptung im Vorwort aufzugreifen – die Wahrheit verdränge, um nicht das geliebte Gefühl seiner Unschuld zu verlieren. Aber das ist gerade nicht der Fall. Man lobt diesen Reporter oder man lehnt ihn ab. Wer sich differenziert mit seinen Texten auseinandersetzt und neben ihren Qualitäten auch ihre Schwächen und Widersprüche aufzeigt, dem wird bedeutet, es könne «unserer Konsensusdemokratie nur guttun, wenn die gegensätzlichen Standpunkte akzentuiert werden». Der Zweifel kommt auf,

es gehe am Ende gar nicht so sehr darum, die kritische Sonde anzulegen und wirklich herauszufinden, was es mit den zu diskutierenden Sachverhalten auf sich habe, sondern eher darum, das eigene Image zu pflegen und sich deutlich genug von den provinziellen Zuständen zu distanzieren, die hier möglichst drastisch beschrieben werden. Man muss nur Peter Bichsels Vorwort daraufhin etwas genauer anschauen: es gibt aus jüngerer Zeit kaum einen Text, der so schlicht und entwaffnend naiv umreißt, worauf kritische Literatur dieser Art eben angelegt ist. Bichsels Sorge sei, so sagt er, dass sein Land ernstgenommen werde. Er möchte nicht, das man es für unpolitisch, nett, antiquiert und harmlos halte, und deshalb bemühe er sich darum, seinen deutschen Freunden zu beweisen, dass auch wir Probleme haben, mitunter sogar dieselben wie sie. Allein man glaube ihm nicht und meine, man müsste doch sonst von Unruhen in der Schweiz gehört haben. So ist das halt in den Augen seiner Freunde, wir mögen uns lange über ein Politikverständnis wundern, das Unruhen tatsächlich als Gradmesser für politisches Bewusstsein nimmt. Bichsel wundert sich darüber keineswegs und scheint da nicht einmal ein Problem zu sehen. Sein unkritisches Vorwort nimmt den «Reportagen» Meienbergs die Brisanz, die sie zum Teil wenigstens haben könnten, wenn man sie als den Versuch betrachtet, unsere Aufmerksamkeit für Erscheinungen zu schärfen, die gern übersehen werden.

Anton Krättli

¹Niklaus Meienberg, Reportagen aus der Schweiz. Mit einem Vorwort von Peter Bichsel, Luchterhand-Verlag, Darmstadt und Neuwied 1974.

PERSONALZEITUNGEN IN DER SCHWEIZ

Der innerbetrieblichen Information kommt in der föderalistisch aufgebauten schweizerischen Demokratie erhöhte Bedeutung zu. Die Information des Betriebspersonals führt zu einem besseren Verständnis gegenüber den Problemen der Unternehmungsführung sowie den allgemeinen Wirtschafts- und Sozialproblemen. Andererseits kann die Personalzeitung dem Management schöpferische Anregungen vermitteln und ihm wirtschaftliche sowie soziale Problemlösungen näherbringen. Die Personalzeitungen können deshalb zu einer Auflockerung der wirtschaftlichen und sozialen Fronten und insbesondere zu einer zielbewussten Aktivierung der Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betrieb führen. Damit leisten sie auch der notwendigen Dynamik der Wirtschaft einen positiven Dienst. Diese Vorteile und Möglichkeiten der innerbetrieblichen Information und Meinungsbildung sind in der Schweiz, wo auch im kleineren Rahmen direkte politische Entscheide über die vielfältigsten öffentlichen Fragekreise gefällt werden, von besonderer Bedeutung und Nützlichkeit.

Zahl, Verbreitung und Auflage

In der Schweiz erscheinen schätzungsweise tausend Personalzeitungen, von denen jedoch nur etwa vierhundert systematisch, periodisch und redaktionell aktiv gestaltet herauskommen. Die meisten dieser Zeitungen werden in der Maschinenindustrie, in der öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Betrieben, in der elektrotechnischen Industrie, in der Textilindustrie sowie in der Bauindustrie und im Baugewerbe,

in der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie herausgegeben. In diesen Branchen erscheinen fast drei Viertel sämtlicher schweizerischer Personalzeitungen. Der Rest verteilt sich auf zahlreiche weitere Wirtschaftsbranchen.

Die Gesamtauflage sämtlicher Personalzeitungen dürfte pro Jahr ungefähr vier bis fünf Millionen Exemplare betragen. Bezogen auf eine Bevölkerung von etwas über sechs Millionen Menschen und rund drei Millionen Erwerbstätigen in der Schweiz, darf von einer grossen Streuung und einer starken Verbreitung der Personalzeitungen gesprochen werden. Grundsätzlich ist ja die schweizerische Bevölkerung eine zeitungsfreundliche Bevölkerung; diese Einstellung überträgt sich im allgemeinen auch auf die von den Unternehmungen herausgegebenen Personalzeitungen.

Nach Sprachregionen aufgegliedert, entspricht die Verbreitung der Personalzeitungen ungefähr dem Sprachanteil innerhalb der schweizerischen Wohnbevölkerung; rund 70% entfallen auf die Deutschschweiz, rund 20% auf die französischsprachige Schweiz, der Rest auf die italienischsprachige Schweiz. In der vierten schweizerischen Landessprache, Romanisch, erscheinen unseres Wissens keine Personalzeitungen. Im Hinblick auf die grosse Zahl von ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz erscheinen die in italienischer Sprache herausgegebenen Teile von Personalzeitungen als verhältnismässig überdimensioniert. Manche Teile schweizerischer Personalzeitungen erscheinen in weiteren Fremdarbeitersprachen: Spanisch, Portugiesisch, Türkisch usw.

Organisation

Die Redaktoren der schweizerischen Personalzeitungen sowie ihre Hilfskräfte sind in einer losen Vereinigung Schweizerischer Personalzeitungs-Redaktoren zusammengefasst. Diese Vereinigung besitzt weder Statuten, noch erhebt sie Mitgliederbeiträge. Sie ist ihrerseits Mitglied der Federation of European Industrial Editors Associations (FEIEA). Der schweizerischen Vereinigung sind übrigens auch die im benachbarten Fürstentum Liechtenstein, das mit der Schweiz in einer Wirtschafts- und Zollgemeinschaft vereinigt ist, erscheinenden Personalzeitungen angeschlossen. Die gesamtschweizerische Vereinigung gliedert sich gemäss dem föderalistischen und sprachlichen Aufbau der Schweiz in neun Regionalgruppen, denen vorwiegend der Erfahrungsaustausch unter Personalzeitungsredaktoren aufgetragen ist. Die schweizerische Vereinigung führt jährlich mindestens einen umfassenden Kongress durch, an dem verschiedene Probleme der Personalzeitungen durch Referate erläutert und in Diskussionen besprochen werden. Die Vereinigung veranstaltet ferner Weiterbildungskurse sowie alljährlich gut besuchte Anfängerseminare für Redaktoren und Hilfspersonal. Die Vereinigung Schweizerischer Personalzeitungs-Redaktoren gibt ferner in vier Sprachen einen vierteljährlich erscheinenden Artikel- und Informationsdienst für die Bedürfnisse der Personalzeitungen heraus.

Herausgeber und Finanzierung

Die Personalzeitungen gelten nach wie vor als ein Führungsinstrument der Un-

ternehmensleitung. Diese Funktion der Personalzeitung verliert sich allerdings in zunehmender Weise. Die Personalzeitung wird allmählich zu einem Medium der innerbetrieblichen Willensbildung gesamthaft und partizipativ, die also alle Funktionsstufen durchdringt. Mit anderen Worten: Die Personalzeitung ist auf dem Wege von einem Einweg- zu einem multilateralen Informationsmittel innerhalb des Betriebes. Grundsätzlich werden die Personalzeitungen durch die Unternehmung, in der sie erscheinen, finanziert und herausgegeben.

Immer mehr zeichnet sich die Tendenz ab, Personalzeitungen im Rahmen ganzer Firmengruppen herauszugeben. Auch in der Schweiz sind übergeordnete Holding-Personalzeitungen bekannt. Nur in seltenen Fällen werden die Personalzeitungen verantwortlich und finanziell mitgetragen durch die Belegschaft, so etwa materiell durch einen Hausverband oder immateriell durch Belegschaftskommissionen. Andererseits werden die Belegschaftskommissionen häufig zur inhaltlichen Mitgestaltung der Personalzeitung herangezogen; doch verbleibt die Redaktion in den Händen eines oder mehrerer von der Geschäftsleitung angestellten Redaktoren. In der Regel erscheinen die schweizerischen Personalzeitungen ohne Inserate, abgesehen von Eigeninseraten der Firma selbst. Sie werden kostenlos an die Leser, unter Einschluss der Belegschaft, abgegeben.

Einzelauflagen und Streuung

Die durchschnittlichen Auflagen der Personalzeitungen pro Unternehmung sind verhältnismässig klein. Die Auf-

lagenhöhen weisen allerdings eine grosse Schwankungsbreite auf, und zwar zwischen rund einhundert Exemplaren bis über fünfzigtausend Exemplare. Dies hängt mit der ausgeprägt diversifizierten Struktur der schweizerischen Wirtschaft zusammen, die sich zur Hauptsache aus kleinen und mittleren Betrieben bis fünfhundert Beschäftigten zusammensetzt. Unternehmungen mit mehr als tausend Beschäftigten sind relativ selten und gehören zu den Grossbetrieben der schweizerischen Wirtschaft.

Das Mittel der einzelnen Auflagen der schweizerischen Personalzeitungen dürfte sich bei etwas über zweitausend Exemplaren, die häufigste Auflage indessen zwischen fünfhundert bis tausend Exemplaren bewegen. Die weitaus grösste Branchenaufgabe besitzt entsprechend der starken Stellung dieser Industriebranche die Maschinen- und Metallindustrie mit rund einem Viertel der gesamtschweizerischen Personalzeitungs-Auflage. Einen weiteren schwachen Viertel der Gesamtauflage weisen die Personalzeitungen der öffentlichen Verwaltung beziehungsweise der öffentlichen Betriebe auf. Im allgemeinen werden Personalzeitungen erst in Betrieben mit mehr als zweihundert Beschäftigten herausgegeben.

In der Schweiz sind die Personalzeitungen tatsächlich Personalzeitungen und keine nach aussen gerichteten Publikationen. Drei Viertel der Empfänger aller schweizerischen Personalzeitungen sind nämlich betriebsinterne Empfänger, das heisst also Arbeitnehmer. Nur 1,5% der schweizerischen Personalzeitungen gehen ausgesprochen an betriebsexterne Abnehmer. Im Gegensatz zu manchen ausländischen Werkzeitungen hegen die schweizeri-

schen Personalzeitungen überwiegend keine Aspirationen, zu Public-Relations-Zeitschriften oder gar zu Erzeugnissen der allgemeinen Presse zu werden. Sie fassen nach wie vor auf der Erkenntnis, dass in der Beschränkung und Konzentration der publizistischen Aufgabe reiche Wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Im übrigen ist auf das dichte Netz allgemeiner politischer Tages- und Wochenzeitungen und -zeitschriften in der Schweiz hinzuweisen, die es den Personalzeitungen einzelner Betriebe schwer, wenn nicht gar unmöglich machen würden, ausserbetriebliche Informationsziele anzuvisieren oder in die ausserbetriebliche Meinungsbildung direkt einzugreifen.

Wenigstens zwei Drittel aller schweizerischen Personalzeitungen erscheinen vierteljährlich oder noch häufiger. Diese Erscheinungsperiodizität hat sich in den letzten Jahren behauptet. Nur bei einigen sehr grossen Personalzeitungen wird eine dreiwöchige oder gar zweiwöchige Periodizität eingehalten. Diese Erscheinungsweise bestimmt bis zu einem gewissen Grad die äussere Form der schweizerischen Personalzeitung, die in der Regel eine Zeitschrift und keine eigentliche Zeitung ist. Auch hinsichtlich des verwendeten Papiers und der Druckmethoden wird mehrheitlich der Typus der Zeitschrift anvisiert. Nur etwa ein Zehntel der schweizerischen Personalzeitungen bezeichnet sich selbst als Zeitung.

Redaktion

Die Einmann-Redaktion herrscht in der schweizerischen Betriebspresse vor; über die Hälfte der Personalzeitungen

weisen neben dem Redaktor keine eigenen redaktionellen Mitarbeiter auf. Dies ist im Hinblick auf den Umfang und die geringe Periodizität der Personalzeitung auch verständlich. Mehr und mehr finden Frauen Eingang in die Redaktion von Personalzeitungen. Im allgemeinen wird die Redaktion im Nebenamt geführt; nur in Einzelfällen werden hauptberufliche Redaktoren genannt. Häufig sind die Personalzeitungs-Redaktoren gleichzeitig im Personalwesen, bei den Public Relations oder im Werbewesen der Unternehmung beschäftigt. Aussenstehende Redaktoren sind relativ selten und kommen gelegentlich bei Personalzeitungen von Firmengruppen vor.

Die Hälfte der schweizerischen Personalzeitungen verfügt über sogenannte Redaktionsausschüsse, die zum weit überwiegenden Teil beratend funktionieren und nur in Ausnahmefällen den Redaktoren auch Anweisungen geben. Der Redaktor selbst gehört im allgemeinen dem Redaktionsausschuss an. Bemerkenswert ist, dass Redaktionsausschüsse in der französischsprachigen Schweiz sehr viel häufiger als in der deutschsprachigen Schweiz sind. In diesen Jahren ist man daran, auch für Personalzeitungen sogenannte Redaktionsstatute zu errichten.

Die Redaktion vollzieht sich in der

Regel ohne Inanspruchnahme aussenstehender Kräfte; um so mehr werden betriebseigene Mitarbeiter für die inhaltliche Gestaltung der Personalzeitungen eingespannt. Dabei spielt der Redaktionsausschuss eine meist vermittelnde Aufgabe. Was die Verantwortlichkeit der Redaktoren betrifft, so sind sie überwiegend dem Hauptdirektor oder Präsidenten einer Unternehmung direkt unterstellt.

Ausblick

Die Informationspolitik des Arbeitgebers gegenüber «innen», das heisst im Betrieb selbst, gewinnt im Zuge der gesamten, verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmer an Bedeutung. Durch eine bessere innerbetriebliche Information, bei der die Personalzeitung in der Schweiz eine ausschlaggebende Rolle spielt, kann der Weg des Arbeitgebers zum Verständnis des Arbeitnehmers und umgekehrt leichter gefunden werden. Auch in der Schweiz stehen die Personalzeitungen vor grossen neuen Aufgaben. Die Zukunft wird ihnen zweifellos eine noch bedeutungsvollere Position zuweisen, als sie schon besassen.

Andreas Thommen

Durch falsche Begriffe werden wir an Irrtümer und Vorurteile gefesselt. Darum ist der Kampf um Begriffe ein nicht unwesentlicher Teil des Kampfes um Herrschaft.

Heinz Josef Varain

in: «Frankfurter Hefte», Juli 1975